Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Kriegs oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 140 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 17. Juni 1932.

Unbefristete Verlängerung des Hoover-Moratoriums.

Lausanne. Der englische Ministerpräsident Macdonald gab heute gleich zu Beginn der Vollsitzung in seiner Eigenschaft als Präsident der Tributkonferenz die Aufsehen erregende Erklärung ab, daß die englische, französische, italienische, japanische und belgische Regierung sich geeinigt hätten, das am 1. Juli ablaufende Hoover-Moratorium vorläufig unbefristet zu verlängern.

Feierliche Eröffnung der Lausanner Konferenz.

„Im Schatten der schwersten Wirtschaftskrisen."

Die feierliche Eröffnungssitzung der Lausanner Konferenz fand im großen Kuppelsaal des Hotels Beau Rivage statt. In dem überfüllten Saal herrscht eine ernste, feierliche Stimmung. Sämtliche auf der Konferenz vertretenen Abordnungen sind anwesend.

Die Sitzung beginnt mit der einstimmigen Wahl Macdonalds zum Präsidenten der Konferenz. Der Schweizer Bundespräsident Motta begrüßte hierauf die Konferenzteilnehmer. Ein erfolgloser Ausgang dieser Konferenz bedeute nicht nur einen unermeßlichen Schaden für jede einzelne Nation, sondern einen allgemeinen Zusammenbruch.

Die Eröffnungsrede.

Sodann verlas Macdonald in englischer Sprache die Eröffnungsrede. Er führte etwa folgendes aus: Die Konferenz trete unter dem Schatten einer der schwersten Wirtschaftskrisen zusammen, die die Welt je in friedlichen Zeiten betroffen habe.

Die finanzielle Erbschaft des Weltkrieges.

Die Zahl der Arbeitslosen betrage heute 25 Millionen. In den meisten Ländern wachse das Elend und die Not täglich. Heute spiele es keine Rolle mehr, welche Art der Regierung an der Macht sei, überall seien die Staaten verarmt, das Nationalvermögen verringere sich, das humanitäre und soziale Werk stehe vor dem Bankrott. Die Hilfe des Staates für die Einzelpersönlichkeit könne kaum mehr aufrechterhalten werden. Der allgemeine Lebensstandard von Millionen von Menschen gehe von Tag zu Tag zurück. Die Regierungen seien gezwungen, zum Schutze ihrer Finanzen den Handel aufs schärfste einzuschränken, nur um den Notwendigkeiten des Tages Rechnung zu tragen.

In diesem allgemeinen Zusammenbruch stünden weder Frankreich, noch Deutschland, noch Italien, noch die Vereinigten Staaten, noch England allein. Eine Welt und ein System breche unter unseren Füßen zusammen.

Die jetzt beginnende Konferenz habe einen Teil der Ursachen der Weltnot zu behandeln, und zwar die finanzielle Erbschaft des Weltkrieges in ihrer Rückwirkung auf die Weltwirtschaft. Die Konferenz müsse in diesen Fragen zu einer Regelung gelangen.

Die ganze Schuldenfrage muß bereinigt werden.

Macdonald betonte weiter, daß nach allen diesen Beratungen ein Zusammenbruch nur verhütet werden könne, wenn die ganze Schuldenfrage bereinigt und damit das Vertrauen wieder hergestellt werde. Die wesentliche Aufgabe der Konferenz bestehe jetzt darin, mit größter Beschleunigung zu arbeiten.

Ein sofortiges Abkommen werde eine hundertfältig wohltuendere Wirkung haben, als die unvollkommenen, mühsamen und endlosen Verhandlungen.

Das Problem der Konferenz sei nicht technischen, sondern grundsätzlichen Charakters; jedoch könnten einmal feierlich eingegangene Verpflichtungen nicht durch einseitige Ablehnung beiseitegelassen werden. Dieser Grundsatz sei von niemandem bestritten worden. Aber Verpflichtungen, die sich als undurchführbar erwiesen hätten, müßten auf dem Wege des Übereinkommens revidiert werden.

Beide Seiten müßten den Tatsachen Rechnung tragen. Diese Fragen, die jetzt die Konferenz zu prüfen haben werde, bestünden nicht nur darin, ob die bisherigen Regelungen unmögliche Lasten geschaffen hätten, sondern auch darin, ob sie zu der wirtschaftlichen und finanziellen Krankhaftigkeit des gegenwärtigen Zustandes beigetragen hätten.

Die Konferenz begrüße es, daß nach der gegenwärtigen Phase der Verhandlungen die Vereinigten Staaten sich bereit erklärt hätten, gemeinsam mit den übrigen Mächten an den weitgehenden Problemen des Wiederaufbaus des Handels und der Wirtschaft mitzuarbeiten.

Für eine politische Ruhepause.

Macdonald ging sodann auf die Genfer Abrüstungsverhandlungen ein und betonte, ein Erfolg in Lausanne ohne einen Erfolg in Genf sei undenkbar. Wenn die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwunden werden sollten, so müsse gleichzeitig eine Periode der politischen Ruhe geschaffen werden, damit die Nationen ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten in aller Ruhe ohne drohende Kriegsgefahr und ohne Kriegsdrohungsgerüchte in Ordnung bringen könnten. An einem bestimmten Punkte der Verhandlungen werde die Konferenz sich diesen Fragen zuwenden müssen.

*

Vor der Kanzlerrede.

Der Standpunkt der deutschen Regierung.

Die nächste Sitzung der Lausanner Konferenz findet am Freitag statt, in der Reichskanzler von Papen in einer großen, bereits sorgfältig vorbereiteten Rede die Lage Deutschlands und den Standpunkt der deutschen Regierung zu den zur Behandlung stehenden Fragen darlegen wird.

*

Die Rede Macdonalds enthält den deutlichen Hinweis auf die bereits bekanntgewordenen Pariser Vereinbarungen zwischen der englischen und französischen Regierung, wonach eine Lösung der Abrüstungsfrage im wesentlichen im Wege eines neuen politischen Sicherheitsabkommens zu finden sei.

Auf deutscher Seite wird hierzu die Auffassung vertreten, daß irgendein Abkommen, das bestehende Rechte Deutschlands sowohl auf dem Gebiet der Gleichberechtigung als auch in der Frage der Revision der internationalen Verträge antasten würde, selbstverständlich abgelehnt wird. Dagegen würde die deutsche Regierung bereit sein, einen Vorschlag zu prüfen, der lediglich in der gleichen Richtung wie der Kellogg-Vertrag liegen würde.

Papen und Herriot.

Die erste Unterredung.

Die erste Unterredung zwischen Papen und Herriot dauerte über eine Stunde. Von deutscher Seite wird über den Verlauf dieser Unterredung mitgeteilt, daß der Reichskanzler zunächst eingehend die innenpolitische Lage Deutschlands dargelegt und Herriot über die letzten Vorgänge in Deutschland unterrichtet habe. Daran schloß sich eine längere Aussprache über die Gesamtheit der auf der Lausanner Konferenz zur Verhandlung stehenden Fragen, die, wie betont wird, einen durchaus vertrauensvoll offenen Charakter trug.

*

England will Tribute und Abrüstung verkoppeln.

Die sachlichen Beratungen der Tributkonferenz haben mit einer Reihe privater Besprechungen begonnen. Der englische Außenminister Simon begibt sich nach Genf, um mit dem amerikanischen Botschafter Gibson und dem Generalsekretär des Völkerbundes zu verhandeln.

Diese Reise soll eine unmittelbare sachliche Verbindung zwischen Tribut- und Abrüstungsverhandlungen herstellen.

In englischen Kreisen sucht man jetzt die Zustimmung der amerikanischen Regierung für die englischen Pläne zur Lösung der Abrüstungsfrage zu gewinnen, um sodann in Lausanne eine gesamte Regelung sowohl für die Tribut- als auch für die Abrüstungsfragen zu finden. Auf deutscher Seite ist dies bisher stets abgelehnt worden, da nur eine getrennte Behandlung der Tribut- und der Abrüstungsfrage zu sachlichem Erfolge führen kann. Ferner lehnt man auf deutscher Seite nach wie vor ab, einseitig auf Kosten des grundsätzlichen deutschen Abrüstungsstandpunktes hier eine Annahme der englischen Kompromißvorschläge zuzulassen.

*

Minister von Schleicher über deutsch-französische Zusammenarbeit

Reichswehrminister von Schleicher erklärte einem französischen Pressevertreter, daß er nicht daran denke, die Diktatur im Reich zu erstreben. Eine Diktatur, die sich ausschließlich auf die bewaffnete Macht stütze, sei zum sicheren Mißerfolg verurteilt.

Über die französisch-deutschen Beziehungen sagte der General: „Gerade die nationalen Parteien in Deutschland wünschen aufrichtig eine Zusammenarbeit mit Frankreich. Wir sind bereit, jedes wirtschaftliche Abkommen zu treffen, das Frankreich wünscht." Allerdings müsse Frankreich Deutschland von der Schuldlüge befreien. Die Tributzahlungen müßten beendet und die Ungleichheit der Rüstungen zwischen den beiden Ländern aufgehoben werden.

*

Von zuständiger Berliner Stelle wird zu diesen Erklärungen gesagt, daß der Reichswehrminister sich nur zwei Minuten lang mit den französischen Journalisten unterhalten habe. Es sei noch nicht möglich, nachzuprüfen, ob die französische Presse die Äußerungen des Ministers richtig wiedergegeben habe.

*

Der Temps verlangt ein Ergebnis.

Paris, 16. Juni. Die Eröffnung der Lausanner Konferenz gibt auch am Donnerstag wieder einigen Abendblättern Gelegenheit, gegen die völlige Abschaffung der Tribute Stellung zu nehmen. Der Temps ist der Auffassung, daß die Lausanner Konferenz unbedingt zu einem Ergebnis führen müsse, das sich der augenblicklichen Lage anpasse. Die einzige Lösung sei daher ein Moratorium von kurzer Dauer, während dessen die Prüfung der Gesamtlage in Europa beendet werden könne. Man werde sich immer mehr darüber klar, daß die Reparationen, die Unterstützung der Donaustaaten und die allgemeine Weltwirtschaftskrise eng miteinander verbunden seien. Das gesamte europäische Problem trete mit einem Schlage unter den verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten in den Vordergrund des Interesses. Dieses Problem müsse mit dem notwendigen Mut und großer Offenheit angefaßt werden, um die Rückkehr zur Stabilisierung und zu einem wirtschaftlichen Aufschwung zu ermöglichen.

Die politische Notverordnung.

Hindenburgs Erwartung.

Der Reichspräsident zur politischen Notverordnung.

Der Reichspräsident hat an den Reichsminister des Innern Freiherrn von Gayl folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichsminister! Anbei übersende ich Ihnen die von mir vollzogene Verordnung gegen politische Ausschreitungen zur Veröffentlichung. Ich habe die mir von der Reichsregierung vorgeschlagenen weitgehenden Milderungen der bisherigen Vorschriften in dem Vertrauen darauf vorgenommen, daß der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen wird, und daß Gewalttätigkeiten unterbleiben. Sollte sich diese Erwartung nicht erfüllen, so bin ich entschlossen, mit allen mir verfassungsmäßig zustehenden Mitteln gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen. Ich ermächtige Sie, diese meine Sinnesmeinung bekanntzugeben.

Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr ergebener

gez. von Hindenburg."

*

Die Notverordnung.

Versammlungen, Aufzüge, Zeitungen und politische Verbände.

Die Reichsregierung hat nun die angekündigte politische Notverordnung der Öffentlichkeit übergeben. Sie hat in dieser Verordnung die unter Brüning seit dem März 1931 erlassenen politischen Ausnahmevorschriften gegen die Presse, politische Verbände, über die politische

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF